

Koalition in der Euro-Falle

Bewährungsprobe für die Kanzlerin und ihren neuen Vizekanzler Philipp Rösler: Immer mehr Abgeordnete der schwarz-gelben Koalition lehnen weitere Milliardenkredite für die Euro-Rettung ab. Die Kanzlermehrheit im Bundestag ist in Gefahr.

Im Kanzleramt herrscht Alarmstimmung. Obwohl die schwarz-gelbe Koalition mit 21 Stimmen über der Kanzlermehrheit im Bundestag regiert, drohen die bevorstehenden Abstimmungen über weitere Milliardenkredite zur Rettung des Euros zu scheitern. Sowohl gegen die Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus - also einen zeitlich unbefristeten Überziehungskredit für die Schuldenstaaten - als auch gegen zusätzliche Kredite für Griechenland, über die am Montag die Finanzminister der Euro-Zone beraten, formiert sich Widerstand. In Rede stehen weitere 60 Milliarden Euro Hilfgelder, da sich Griechenland angesichts eines Zinssatzes von 16 Prozent am Kapitalmarkt nicht refinanzieren kann.

Immer mehr Experten gelangen zu der Erkenntnis, dass die bisherige Hilfe nicht wirkt. Dieser Meinungsumschwung unter Ökonomen und Managern großer Investmentfonds erreicht jetzt auch mit Zeitverzögerung das Parlament. Bereits sechs Abgeordnete der Union und 14 Parlamentarier der FDP haben angekündigt, den Rettungsaktionen nicht zuzustimmen. Bei der gestern im Bundestag anberaumten Abstimmung über weitere Hilfen für Portugal - es geht um einen Kredit

von 78 Milliarden Euro - haben fünf Unionsabgeordnete bereits dagegen gestimmt. In einer schriftlichen Erklärung begründeten sie ihren Schritt: Mit ihrer Euro-Rettungsstrategie setze die Bundesregierung „ihren falschen Weg des Umgangs“ mit der Euro-Krise fort.

In der FDP drängen starke Kräfte auf einen Abschied von der bisherigen Praxis der Euro-Rettung. In einem Antrag für ihren Parteitag in Rostock heißt es: „Notwendig ist auch ein Ausschluss unsolider wirtschaftender Staaten aus der Wäh-

rungsunion.“ Innerhalb der FDP führt Finanzexperte Frank Schäffler die wachsende Gruppe der Widerständler an: „Ein permanenter Rettungsschirm gefährdet die Substanz des Euros“, argumentiert er.

In der Union tritt Peter Gauweiler (CSU) als Wortführer auf. „Die Verschlimmerung der Schuldenkrise übertrifft unsere Erwartungen. Die getroffenen Maßnahmen haben sich als wirkungslos erwiesen“, begründet er die abweichende Position.

Schließen sich nur zwei weitere Mitglieder der Koalitionsfraktionen

den 20 Abweichlern an, wäre die Bundesregierung auf die Stimmen der Opposition angewiesen. Angela Merkel und ihr Vizekanzler Philipp Rösler hätten dann keine eigene Kanzlermehrheit mehr.

Finanzminister Wolfgang Schäuble nimmt den Widerstand in der Koalition so ernst, dass er in kleinem Kreis schon über ernste Konsequenzen sprach. Die weitere Zustimmung Deutschlands zu den europäischen Rettungshilfen sei eine „Schicksalsfrage“, warnte er. „Anderenfalls ist das gesamte europäische Projekt gefährdet.“ Wenn die Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus nicht gelinge, so Schäuble, verliere seine politische Arbeit ihren Sinn. Er stehe nur für einen europapolitischen Kurs der Regierung zur Verfügung.

Auch Merkel hat den Ernst der Lage erkannt. „Jetzt ist echte Führung gefragt“, heißt es in ihrer engsten Umgebung. „Jeder in der Koalition, der jetzt vom Kurs abweicht, muss auch um die Konsequenzen wissen.“ Merkel versucht in Einzelgesprächen, den Widerstand gegen ihre Europapolitik zu besänftigen.

Nicht nur im Bundestag, sondern auch unter den deutschen Managern wächst die Sorge, dass die Hilfspakete für die Krisenstaaten nicht zu der gewünschten Stabilisierung des Euros füh-

ren. Mit Griechenland, Irland und Portugal sei es nicht getan, urteilen die Führungskräfte in einer Umfrage des Marktforschungsinstituts Psephos für das Handelsblatt. Gerade einmal sechs Prozent der für den Handelsblatt Business-Monitor befragten Manager gehen davon aus, dass keine weiteren Länder auf Unterstützung angewiesen sein werden. 30 Prozent erwarten hingegen, dass „sicher“ Hilfe für weitere Euro-Länder nötig sein wird.

Den Kurs der Bundesregierung während der Euro-Krise hält denn auch nur die Hälfte der befragten Führungskräfte für richtig. 37 Prozent kritisieren, Schwarz-Gelb agiere „zu nachgiebig“, sieben Prozent halten sie für „zu blockierend“.

Der Beschluss der europäischen Staats- und Regierungschefs, einen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) einzurichten, ist aus Sicht von drei Vierteln der deutschen Führungskräfte aber „richtig“.

Dabei sind die Argumente der Euro-Kritiker nicht von der Hand zu weisen. Nach einem Jahr Griechenland-Rettung und der Überweisung von gut 50 Milliarden Euro nach Athen steht das Land vor einer ökonomischen Katastrophe. Die Wut auf die Griechen ist auch deshalb so groß, weil das Land die Krisenhilfen seiner Euro-Partner nicht genutzt und wichtige Strukturformen verschleppt hat. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht denn auch das größte Risiko für die - eigentlich positiven - Wachstumsperspektiven für Europa in Spannungen, die mit den Problemländern um Griechenland entstehen können. Das sagte Antonio Borges, IWF-Direktor für Europa, gestern bei der Vorstellung des Wirtschaftsausblicks in Frankfurt. Für Griechenland und Portugal erwartet er in diesem Jahr eine Rezession. Griechenland, sagte Borges, sei in jeder Hinsicht ein „Ausreißer“.

Peter Gauweiler (CSU) kritisiert die Rettungshilfen deshalb als „Schokolade für Zuckerkranke“. Nach Ansicht von CDU-Europaexper-

tin Veronika Bellmann ergeben die Hilfszahlungen längst keinen Sinn mehr. „Der Fall Griechenland hat gezeigt, dass mit einem Rettungspaket in Milliardenhöhe nicht die gewünschten Ziele erreicht wurden. Athen weitere Hilfen zu gewähren wäre wie eine Insolvenzverschleppung, bei der man gutes Geld schlechtem Geld hinterherwirft“, sagte sie dem Handelsblatt. Griechenland sei nur über eine Umschuldung inklusive Forderungsverzicht der Gläubiger zu retten.

Die Kritiker der Rettungspakete begründen ihre Ablehnung gern mit nüchternen Zahlen. „Es kann nicht funktionieren, wenn Griechen-

land von den 48 Milliarden Euro an Steuereinnahmen 30 Milliarden Euro für Zinsen ausgibt“, sagte Klaus-Peter Willsch (CDU). Auch die 190 Milliarden Euro, die der Bund in Form von Barmitteln und Garantien dem künftigen Euro-Rettungsfonds zur Verfügung stellt, ziehen Kritiker als Beleg für die Unverhältnismäßigkeit der Hilfsoperationen in Europa heran. Das seien zwei Drittel der jährlichen Steuereinnahmen des Bundes, sagen die Haushaltsexperten der Union.

Finanzminister Wolfgang Schäuble hat mit der Überzeugungsarbeit bereits begonnen. Am Montag traf er sich mit den Obleuten des Europa- und Haushaltsausschusses, um die Gegner des Euro-Rettungsfonds zu beruhigen. In der Runde deutete Schäuble nach Angaben von Teilnehmern erstmals mögliche Zugeständnisse beim ESM an. Anders als bisher soll nicht nur der Haushaltsausschuss über künftige Rettungsprogramme in der Euro-Zone informiert, sondern das gesamte Parlament beteiligt werden, erfuhr das Handelsblatt aus Koalitionskreisen.

Doch die Euro-Rebellen fordern mehr, etwa klare Regeln für eine Beteiligung des Privatsektors. Darüber

hatten zwar auch die Euro-Finanzminister bei dem Geheimtreffen vergangenen Freitag in Luxemburg gesprochen, jedoch keine einvernehmliche Lösung gefunden.

Besonders angespannt ist die Stimmung in der FDP. Dem designierten Partei-Chef Rösler steht auf dem Bundesparteitag in Rostock, der heute beginnt, eine harte Debatte über die Euro-Rettung bevor. Rösler verspricht zwar, sich im Kabinett für umfassende Beteiligungsrechte des Parlaments bei wichtigen Euro-Entscheidungen einzusetzen. Doch die Stimme der Euro-Skeptiker will nicht verstummen.

Die Gegner wollen den unbefristeten Rettungsschirm in jedem Fall verhindern. 12 Bundestagsabgeordnete haben sich dem Liberalen Frank Schäffler und dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion, Paul Friedhoff, angeschlossen. Hessens Europaminister Jörg-Uwe Hahn fordert in einem Positionspapier: „Bundestag und Bundesrat müssen in einem eigenständigen Begleitgesetz umfangreiche parlamentarische Informations- und Beteiligungsrechte beim ständigen Euro-Rettungsfonds ESM zugesichert werden.“

Kanzlerin Angela Merkel erwartet, dass nicht nur der designierte FDP-Chef Rösler, sondern auch der neue Fraktionschef Rainer Brüderle die Kritiker in den eigenen Reihen auf Kurs bringen. In der Regierungszentrale will man sich nicht ausmalen, welche politischen Debatten drohen, sollte bei den weiteren Abstimmungen im Parlament die Mehrheit der Koalition auseinanderbrechen. „Die Euro-Rettung muss fortgesetzt werden“, sagte ein Regierungsvertreter dieser Zeitung.

S.Afhüppe, D.Delhaes, D.Heß, M.Kurm-Engels, T.Sigmund